

So ungenügend die Ergebnisse der 19. Sondertagung der UN-Generalversammlung gemessen am globalen Problemdruck auch sind, so reichen sie doch gerade noch aus, um den Rio-Prozeß nicht völlig zum Erliegen zu bringen. Auf internationaler Ebene wird weiterhin die CSD neben den Konferenzen der Vertragsstaaten der einschlägigen Konventionen (Klima, biologische Vielfalt¹⁹ und Wüstenbildung) das zentrale politische Forum im Rio-Prozeß bilden. Das Abschlußdokument der Sondergeneralversammlung widmet sich ausführlich ihrer zukünftigen Rolle, ihren Schwerpunktthemen und ihren Arbeitsmethoden (Ziffern 130-137). Es plädiert für eine stärkere Einbeziehung von Ministern aus dem Wirtschafts- und Sozialbereich und macht Vorschläge für die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit mit den »major groups«. Im Anhang enthält das Dokument das neue Mehrjährige Arbeitsprogramm der CSD. Danach werden folgende Schwerpunktthemen in den nächsten fünf Jahren im Mittelpunkt des Rio-Prozesses stehen:

Wasser, Technologietransfer, Ausbau der Eigenkapazität, Bildung, Wissenschaft, Bewußtseinsbildung, Industrie – 1998;

Meere, Tourismus – 1999;
Bodenressourcen, Landwirtschaft, Wälder, finanzielle Ressourcen, Handel und Investitionen, Wirtschaftswachstum – 2000;

Atmosphäre, Energie, Verkehr, Indikatoren, internationale Zusammenarbeit – 2001.

Als übergreifende Themen werden Armut sowie Konsum- und Produktionsweisen jedes Jahr von der CSD behandelt. Im Jahre 2002, ein Jahrzehnt nach dem Erdgipfel von Rio, steht dann die nächste umfassende Überprüfung der Umsetzung der Agenda 21 auf der Tagesordnung.

In Deutschland wird es in den kommenden Jahren um eine wesentlich konsequentere Übertragung der Beschlüsse der Agenda 21 auf die nationale und lokale Ebene gehen. Die Staaten verpflichten sich im Abschlußdokument der Sondergeneralversammlung (Ziffer 24a) erneut, eine nationale Strategie für die nachhaltige Entwicklung auszuarbeiten. Die Bundesregierung hat sich bislang geweigert, eine solche Strategie zu entwickeln²⁰, deren Zweck es sein soll, Umwelt- und Entwicklungsziele in alle Politikbereiche zu integrieren. Sie ist nun aufgefordert, gemeinsam mit den gesellschaftlichen Gruppen eine solche »Agenda 21 für Deutschland« in Angriff zu nehmen.

»Wir verpflichten uns sicherzustellen, daß die nächste umfassende Überprüfung der Agenda 21 im Jahre 2002 größere meßbare Fortschritte bei der Erreichung nachhaltiger Entwicklung zeigt«.

haben die UN-Mitgliedstaaten in der Präambel des New Yorker Abschlußdokuments gelobt (Ziffer 6). Auch die deutsche Regierung wird an dieser Selbstverpflichtung gemessen werden.

Bewahrung der Schöpfung als Aufgabe

Rede des deutschen Bundeskanzlers vor der 19. UN-Sondergeneralversammlung (23. Juni 1997)

HELMUT KOHL

Lassen Sie mich zunächst im Namen der Bundesrepublik Deutschland unserer vollen Unterstützung für die von dem Vorsitzenden des Europäischen Rates, Wim Kok, abgegebene Erklärung Ausdruck verleihen.

Am Ende dieses Jahrhunderts bieten sich der Menschheit epochale Chancen, von denen wir noch vor kurzem nicht zu träumen wagten. Das Ende des Ost-West-Konflikts hat uns dem Frieden in der Welt ein großes Stück näher gebracht. Gleichzeitig ist weltweit das Bewußtsein dafür gewachsen, daß die Bewahrung der Schöpfung ebenso zu den großen Aufgaben der Völkergemeinschaft gehört wie die Sicherung des Friedens. Auf dem Weg zu einer globalen Umweltpartnerschaft im 21. Jahrhundert war die Konferenz über Umwelt und Entwicklung 1992 in Rio de Janeiro richtungweisend. Manches wurde seither erreicht. Wahr ist aber auch, daß wir bis heute noch keine Umkehr der globalen Umweltbelastung erreichen konnten.

Die entscheidende Frage für unsere Generation lautet: Wie können wir die natürlichen Lebensgrundlagen für eine wachsende Weltbevölkerung dauerhaft erhalten? Angesichts knapper werdender Trinkwasserreserven, angesichts möglicher unvorhersehbarer Klimaveränderungen und der Ausbreitung der Wüsten stellt sich diese Frage mit zunehmender Dringlichkeit. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Wenn wir uns der Herausforderung jetzt nicht stellen, werden Auseinandersetzungen um natürliche Ressourcen immer wahrscheinlicher. Schon heute müssen viele Menschen ihre Heimat verlassen, weil dort die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört sind.

Es gibt aber auch Entwicklungen, die Hoffnung machen: Wir verfügen heute über das Wissen und die Mittel, um die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit dauerhaft zu schützen. Gültig bleibt die Botschaft von Rio 1992, Umwelt und Entwicklung als Teil eines Ganzen zu betrachten und nach dieser Erkenntnis auch zu handeln. Auf der Suche nach Nahrung, Energie und Wohnung verbrauchen immer mehr Menschen natürliche Ressourcen schneller, als diese sich erneuern.

Auch deshalb müssen wir die Armut in den Entwicklungsländern tatkräftiger als in der Vergangenheit bekämpfen. Hier bleiben die Industrieländer aufgefordert, mit wirtschaftlichen Hilfen und moderner Technik einen Beitrag zu leisten. Dazu gehört indes auch, daß die Entwicklungsländer im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst die Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung schaffen. Die Industrie- und Schwellenländer müssen dafür sorgen, daß ihr eigenes wirtschaftliches Wachstum nicht mit einer Zunahme der Umweltbelastungen einhergeht.

Fünf Jahre nach Rio müssen hier in New York die Weichen für substantielle Fortschritte gestellt werden. Auf folgenden zentralen Handlungsfeldern sehe ich die Notwendigkeit und die Chance, einen wichtigen Schritt voranzukommen:

E r s t e n s : Auf der ersten Konferenz der Vertragsstaaten des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Berlin im April 1995 wurde das Fundament für eine weltweite Vereinbarung zum Schutz des Klimas geschaffen. Diese Sondertagung der Generalversammlung sollte die Klimakonferenz Ende dieses Jahres in Kyoto auffordern, eine internationale Übereinkunft über eine deutliche Verminderung der Emission von Treibhausgasen zu formulieren. Die Industrieländer sollten sich dem erklärten Ziel der Europäischen Union anschließen, bis zum Jahre 2010 die Emissionen wichtiger Treibhausgase um 15 Prozent zu vermindern.

Z w e i t e n s : Die Zerstörung der Wälder, insbesondere der lebenswichtigen tropischen Regenwälder, geht weiter. Deshalb brauchen wir international verbindliche Vereinbarungen, die den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wälder regeln – und wir brauchen sie jetzt, nicht erst Jahre später, wenn es zu spät sein wird, um diese lebenswichtigen tropischen Regenwälder zu retten.

D r i t t e n s : Globaler Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung brauchen bei den Vereinten Nationen eine klare und laut vernehmbare Stimme. Ich halte es daher für wichtig, kurzfristig die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Umweltorganisationen nachdrücklich zu verbessern. Mittelfristig sollte dies in die Gründung einer globalen Dachorganisation für Umweltfragen münden, die sich auf das Umweltprogramm der Vereinten Nationen als einen ihrer Hauptpfeiler stützt.

V i e r t e n s : Das Ziel einer weltumspannenden Umweltpartnerschaft im kommenden Jahrhundert sollte auch in der Charta der Vereinten Nationen zum Ausdruck kommen.

Häufig haben in der Vergangenheit Gegensätze zwischen Nord und Süd die Diskussion über den globalen Umweltschutz geprägt und Fortschritte erschwert. Daher habe ich mich zusammen mit Präsident Cardoso aus Brasilien, Premierminister Chok Tong aus Singapur und dem südafrikanischen Vizepräsidenten Mbeki zu einer gemeinsamen Initiative entschlossen. Sie soll beispielhaft für die genannten Themenfelder aufzeigen, daß Nord und Süd bei dieser Schicksalsfrage der Menschheit gemeinsam vorgehen können. Wir möchten mit unserem persönlichen Engagement dem weltweiten Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Gedanken der nachhaltigen Entwicklung einen zusätzlichen Anstoß geben und damit zum Erfolg dieser Sondertagung der Generalversammlung beitragen.

Fünf Jahre nach Rio und zwei Jahre nach der Konferenz in Berlin richten heute überall in der Welt die Menschen hoffnungsvoll ihren Blick nach New York. Sie warten darauf, daß von hier aus erneut ein klares Signal des Aufbruchs für den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen ausgeht. Die Erhaltung der Schöpfung – das ist unsere Verantwortung gegenüber künftigen Generationen.